

**Titel** Diabetesstrategie

**AntragstellerInnen** Hessen-Nord

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Diabetesstrategie

1 Im Koalitionsvertrag ist die Diabetesstrategie als erklärtes Ziel festgeschrieben. Wir fordern die SPD-  
2 Bundestagsfraktion auf den Gesundheitsminister dazu auf zu fordern, dass diese endlich in Angriff genommen  
3 wird. Um die Diabetesstrategie zu planen und umzusetzen, fordern wir die Bundestagsfraktion auf, dass diese sich  
4 beim Gesundheitsminister dafür einsetzt, dass es einen runden Tisch Diabetes gibt, an dem sämtliche Experten  
5 wie: Betroffenenverbände, Sozialverbände, Wissenschaftler\*innen und die Gesundheitsexpert\*innen der Bundes-  
6 tagsfraktionen beteiligt werden. Als weiteren fordern wir endlich die Einführung der Zuckersteuer sowie die die  
7 Verpflichtung von Unternehmen sich an der präventiven Gesundheitsversorgung von Arbeitnehmer\*innen zu betei-  
8 ligen in dem sie diesbezügliche Gesundheitsprogramme vorhalten. Wir fordern, zudem dass die Diskriminierung von  
9 Diabetiker\*innen bei der Krankenkassenwahl beendet und somit der Diskriminierung von Diabetiker\*innen Einhalt  
10 geboten wird.

### 11 *Begründung*

12 Nachdem die Verhandlungen zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen zur Jamaikakoalition gescheitert waren und die  
13 SPD in die Koalitionsverhandlungen mit den Unionsparteien gegangen ist, wurde in den Koalitionsvertrag der 19.  
14 Legislaturperiode als politisches Ziel festgehalten eine „nationale Diabetesstrategie“(Koalitionsvertrag 2017, S. 98) zu  
15 erarbeiten.

16 Der Grund aus dem diese Strategie notwendig geworden ist, ergibt sich aus dem immer größeren Prävalenzanteil des  
17 Diabetes mellitus. Dabei sind die Gefahren die von Diabetes ausgehen können, wie z.B. Herz-Kreislaufkrankungen,  
18 Schlaganfälle, Erblindungen, oder Amputationen von Extremitäten wie z.B. eines Fußes, Nierenschäden, Neuropa-  
19 thien (Nervenschädigungen) schon lange bekannt (vgl. RKI 2005, S.18-19).

20 Diabetes mellitus ist eine chronische Erkrankung die sich durch einen dauerhaft erhöhten Blutzuckerspiegel aus-  
21 zeichnet. Allgemein kennzeichnet diese Erkrankung, dass die Bauchspeicheldrüse nicht genug Insulin produzieren  
22 kann, um Zucker verarbeiten zu können. Dabei lassen sich drei verschiedene Typen von Diabestes ausmachen. Dia-  
23 betes Typ 1 ist meistens angeboren und zeichnet sich durch eine mangelnde Insulinproduktion der Bauchspeichel-  
24 drüse seit Geburt aus. Behandelt wird dies mit einer medikamentös eingestellten Insulintherapie. Diabetes Typ 2  
25 ist die am meisten vorkommende Diabetesform und ist charakterisiert durch das Zusammenspiel mehrerer Risiko-  
26 faktoren wie z.B. die Aufnahme von zu viel Zucker durch die Nahrung, Bewegungsmangel, Rauchen, Trinken etc. in  
27 dessen Folge es zur einer Resistenz von Insulin und einer begrenzten Insulinproduktion kommt. Der dritte Typus ist  
28 allgemein bekannt unter dem Namen: „Schwangerschaftsdiabetes“ und wird fachlich Gestationsdiabetes genannt. Er  
29 tritt meistens während der Schwangerschaft auf und ist ein prozessuales Ergebnis von verschiedenen Risikofaktoren  
30 (vgl.RKI National Diabetes Surveillance 2019, S.16).

31 Um gerade dem Diabetes Typ 2 begegnen zu können bedarf es eines kooperativen Ansatzes zwischen Bund, Län-  
32 dern, Kommunen, Verbraucherschutzorganisationen, Betroffenenverbänden und den wissenschaftlichen Experten,  
33 Krankenkassen, in Form eines runden Tisches Diabetes. Gesundheitsminister Jens Spahn versteckt sich hinter dem  
34 „National Diabetes Surveillance 2019“ und beteuert in dessen Vorwort es bedürfe noch mehr Datenerhebung, um der

35 Diabetes entgegenzuwirken (vgl. ebd. 2019, S.7). Dies ist ein direktes Arbeitsverweigerungseingeständnis des Bundes-  
36 gesundheitsministers, da schon seit Jahren die wichtigsten Fakten zu den Typen von Diabetes wissenschaftlich publik  
37 gemacht worden sind.

### 38 **Einführung der Zuckersteuer**

39 Wir fordern den Gesundheitsminister auf, seiner Verantwortung gerecht zu werden, indem er eine Doppelstrategie  
40 verfolgt, die aus wissenschaftlichen Forschungserhebungen sowie der Erarbeitung von lösungsorientierten Ansätzen  
41 besteht. So ist es die Union und insbesondere die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner sowie die Gesund-  
42 heitsminister der CDU auf Landesebene die die Einführungen einer Zuckersteuer boykottieren (vgl. Tagesspiegel vom  
43 07.10.2019). Wir fordern sowohl Frau Klöckner wie auch die Gesundheitsminister auf Landesebene der CDU auf ihren  
44 Widerstand gegen Zuckersteuer aufzugeben. Gleichzeitig fordern wir unsere Bundestagsfraktion auf bei der Zucker-  
45 steuer nicht nach zu geben. Zuckerhaltige Produkte und zuckerähnliche Erzeugnisse müssen endlich höher besteu-  
46 ert werden als gesunde Lebensmittel. Des Weiteren fordern wir die Bundesregierung auf eine Kennzeichenpflicht  
47 für zuckerhaltige Erzeugnisse auf den Weg zu bringen sowie die verschiedenen Formen und Namen von Zucker auf  
48 Lebensmittelverpackungen und deren Inhaltsstoffe für den Verbraucher transparent und übersichtlich zu gestalten.  
49 Für uns als Jusos ist klar, dass die kapitalistischen Interessen der Zuckerindustrie nicht über die Gesundheit unserer  
50 Mitbürger\*innen gestellt werden darf. Dextrose, Maltose, Saccharose und andere Bezeichnung für Zucker müssen  
51 endlich auch als Zucker dargestellt werden, das ist nicht verhandelbar.

52 Neben der Einführung der Zuckersteuer auf zuckerhaltige Lebensmittelprodukte sowohl mit direkten wie auch ver-  
53 steckten Zuckerstoffen, und der Einrichten eines runden Tisches, fordern wir die Bundesregierung und insbesondere  
54 die SPD Bundestagsfraktion auf, sich Gedanken darum zu machen wie die großen gesellschaftlichen Veränderungs-  
55 prozesse, Digitalisierung, demographischer Wandel und Klimawandel, Einfluss auf die Erkrankung Diabetes nehmen  
56 können. Es ist zu überlegen wie die sich verändernden Produktionsprozesse Einfluss auf die alltägliche Lebenswei-  
57 se und auf das gesundheitsbewusste Verhalten der Bevölkerung nehmen werden, um über die Diabetesstrategie  
58 hinaus einen in die zukunftsorientierten Gesundheitsbegriff zu entwickeln. Dieser Gesundheitsbegriff selbst, muss  
59 sowohl die unterschiedlichen Lebensumstände von Menschen in verschiedenen Milieus mit aufgreifen um darüber  
60 hinaus Lösungsstrategien entwickeln zu können. Denn es ist bereits heute bekannt, dass Diabetes auch eine soziöko-  
61 nomische Dimension hat, die sich durch soziale Benachteiligungen wie z.B. beim Erlangen einer Fahrerlaubnis, bei  
62 Bewerbungen und einer Diskriminierung innerhalb des Krankenkassensystems kennzeichnet (vgl. Finck et al. 2019,  
63 S.164). Für uns als Sozialdemokrat\*innen ist dies ein unerträglicher Zustand der nicht weiter hingenommen werden  
64 darf. Es berührt unser Sozialverständnis zutiefst, wenn Menschen auf Grund ihrer Erkrankungen und Behinderungen,  
65 Diskriminierungen und Exklusionsprozesse als zusätzliche sozialen und psychologischen Belastungen hinnehmen  
66 müssen. Dies müssen wir ändern! Wir fordern deshalb die SPD-Bundestagsfraktion auf eine Informationskampagne  
67 zum Thema Diabetes zu erarbeiten und Vorurteile durch Begegnung sowie Aufklärung entgegenzuwirken.

### 68 **Arbeitgeber in die Pflicht nehmen**

69 Diabetes zu bekämpfen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe der sich auch die Arbeitgeber nicht verwehren dür-  
70 fen. Je nach Arbeitsbereich und dem damit verbundenen Bewegungsmangel wie z.B. bei Bürotätigkeiten, fordern wir  
71 die Arbeitgeber auf ihrer Fürsorgepflicht gerecht zu werden und präventiv entweder eigene Gesundheitsangebote  
72 bereit zu halten oder sich finanziell an Gesundheitsangeboten für ihre Beschäftigten zu beteiligen.

73 An Diabetes erkrankte Mitbürger\*innen haben lang genug unter der Erkrankung und deren Folgewirkungen gelitten,  
74 lasst uns zusammen daran arbeiten, dass zumindest ihre Würde nicht alltäglich durch Diskriminierung und Vorurteile  
75 sowie Ausgrenzung angetastet wird.

76 Begründung:

77 Erfolgt mündlich.

78 \_

79 Quellen:

80 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland.  
81 Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. (2017). 19. Legislaturperiode. S.98

82 RKI. Gesundheitsberichterstattung des Bundes.(2005). Diabetes mellitus. Heft. 4.S.18-19. ISBN: 3-89606-156-9

- 83 Finck, H, Holl, R.W. Ebert, O. (2019). Die soziale Dimension des Diabetes mellitus. In: Deutsche Diabetes Gesell-  
84 schaft (DDG) und diabetesDE – Deutsche Diabetes Hilfe. (Hrsg.). (2019). Deutscher Gesundheitsbericht Diabetes 2019.  
85 (S.164).
- 86 RKI. Bericht der Nationalen Diabetes Surveillance 2019. Diabetes in Deutschland. S.7, S.13-14.
- 87 Auch SPD-Experte Lauterbach will Abgabe auf Süßes. Kinderärzte drängen auf Zuckersteuer. In: Der Tagesspie-  
88 gel vom 07.10.2019 um 17:29. Abrufbar unter: [https://www.tagesspiegel.de/politik/auch-spd-experte-lauterbach-will-  
89 abgaben-auf-suesses-kinderaerzte-draengen-auf-zuckersteuer-/25092246/.html](https://www.tagesspiegel.de/politik/auch-spd-experte-lauterbach-will-abgaben-auf-suesses-kinderaerzte-draengen-auf-zuckersteuer-/25092246/.html)